

100-Tage-Programm:  
So will R2G Berlin verändern  
Seite 2-3

Im BS-Interview: SPD-  
Neumitglied Kevin Maaß  
Seite 6

Fritz Felgentreu: Plädoyer für  
die Ehe ab 18 Jahren  
Seite 11-12

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 1 · 67. JAHRGANG

21. JANUAR 2017

## Seltz neue Landes- geschäftsführerin

Die Schönebergerin Anett Seltz ist neue Landesgeschäftsführerin der Berliner SPD. Der SPD-Landesvorstand ernannte die 50-Jährige am 16. Januar einstimmig in das Amt.

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller sagte: „Sie ist in der Berliner SPD sowohl durch ihre Arbeit als stellvertretende ASF-Vorsitzende, ihre aktive Parteiarbeit seit 15 Jahren als auch durch ihre Kandidatur um ein Abgeordnetenhausmandat 2016 bestens vernetzt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr!“



Foto: Joachim Gern

Die neue Landesgeschäftsführerin sieht als ihre wichtigste Aufgabe in diesem Jahr den Bundestagswahlkampf: „Wir werden hart dafür arbeiten, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen.“ Als Konsequenz aus dem Wahlergebnis 2016 möchte sie dabei auf mehr Kommunikation und mehr gute Politik setzen.

Anett Seltz ist seit Mai 1993 SPD-Mitglied. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin des SPD-Bundestagsabgeordneten Willi Brase (seit 2005) hat sich die Einzelhandelskauffrau und studierte Germanistin intensiv mit den Themen bürgerschaftliches Engagement und berufliche Bildung auseinandergesetzt. Seltz ist verheiratet und hat vier Kinder. **BS** □



Einst dienten die Container als Produktionsräume für den Sonntagstalk von Günther Jauch im Schöneberger Gasometer - seit Mitte Dezember sind sie ein Ort, an dem innovative Konzepte für die **Smart City** entstehen. Das **InfraLAB** Berlin ist ein Co-Working-Projekt der Infrastruktur-Unternehmen **BSR, BVG, BWG, GASAG** und Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg sowie Vattenfall und Stromnetz Berlin. Junge Start-ups und kreative Köpfe erhalten an diesem Ort die Chance, ihre Ideen für die Stadt der Zukunft weiterzuentwickeln. Foto: Infralab Berlin/Daniel Reiter

INNERES

## Sicherheit mit Augenmaß

### Koalition einigt sich auf Präventions- u. Sicherheitspaket

**Nach dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche stand die innere Sicherheit im Mittelpunkt der ersten Arbeitsklausur des neuen Senats.**

Das in der Senatsklausur beschlossene Präventions- und Sicherheitspaket umfasst 45 Millionen Euro. Unter anderem werden damit 6300 Sicherheitswesten für 6,3 Millionen Euro neu angeschafft. Außerdem werden die bestehenden Westen für 6,6 Millionen Euro aufgerüstet. Neun Millionen Euro stehen für die fehlenden 12.000 Dienstpistolen zur Verfügung. Für die Anschaffung von Dienstwagen für die von der Koalition beschlossenen fünf mobilen Polizeiwachen stellt Finanzsenator Kollatz-Ahnen zudem 500.000 Euro bereit.

Die Koalition sich darüber hinaus darauf geeinigt, Programme zur Deradikalisierung von Extremisten und Prävention gegen das Abgleiten von Jugendlichen in gefährliche

Kreise aufzustoßen. Um die Strafverfolgung zu verbessern, erhält das Kammergericht zwei neue Sicherheitssäle. Außerdem werden die bestehenden Deradikalisierungsprogramme für potenziell islamistische Terroristen in den Gefängnissen ausgebaut.

Ein besonderes Augenmerk soll auf den Schutz von Großveranstaltungen gelegt werden – mit vermehrter anlassbezogener und temporärer Videoüberwachung. Dies sei nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) jetzt schon möglich, werde aber kaum genutzt, so Innensenator Andreas Geisel. „Wir wollen das aktuelle Gesetz breit auslegen.“

Zudem wird die Polizeipräsenz an besonders gefährdeten Orten erhöht. Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, die 1000 unbesetzten Stellen bei der Berliner Polizei schnellstmöglich zu besetzen.

**Fortsetzung Seite 2-3**

# So will Rot-Rot-Grün Berlin verändern

Senat gibt sich 100-Tage-Programm mit 60 Vorhaben – Umsetzung bis zum 19. April

**Neben dem Präventions- und Sicherheitspaket hat der Senat ein gemeinsames Programm beschlossen, um schon in den ersten 100 Tagen Berlin solidarischer, nachhaltiger und weltoffener zu gestalten sowie den wirtschaftlichen Erfolgsweg der Stadt fortzusetzen. Die Ressorts des Berliner Senats haben sich dafür 60 konkrete Maßnahmen vorgenommen, die bis zum 19. April auf den Weg gebracht werden. Hier ein Auszug:**

## REGIERENDER BÜRGERMEISTER

Der Regierende Bürgermeister wird u.a. den Steuerungskreis Industriepolitik zu einem Innovationsboard weiterentwickeln und mit einer Reise nach Moskau die Städtepartnerschaft auf kommunaler Ebene wieder intensivieren. Um die Digitalisierung und die Smart City Berlin voranzubringen, wird ein City Lab errichtet.

Im Bereich Wissenschaft und Forschung stehen die neuen Hochschulverträge ganz oben auf der Agenda, über die bereits seit dem 19. Dezember 2016 verhandelt wird. Weiterhin wird ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses vorgelegt. An der Humboldt-Universität zu Berlin soll ein Institut für Islamische Theologie gegründet werden.

## INNERES UND SPORT

Im Bereich Inneres und Sport werden die Verbesserung der Situation in den Bürgerämtern und die Prozessoptimierung verfolgt. Die „Alexwache“ soll als kombinierte Wache mit dem bezirklichen Ordnungsdienst und der Bundespolizei konzipiert werden. Weiterhin sollen Polizei und BVG zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV noch intensiver miteinander kooperieren. Der Berliner Sport ist verlässlich zu finanzieren. Hierzu soll eine für einen Mehrjahreszeitraum geltende Vereinbarung mit dem Landessportbund vorbereitet werden.

## BILDUNG, JUGEND UND FAMILIE

Die Infrastruktur von Schule und Kita wird ausgebaut und weiter verbessert. Im Fokus steht dabei die Projektauswahl für den Einsatz von 200 Millionen Euro für den Schulbau und die Schulsanierung. Zudem sollen Grundschullehrerinnen und -lehrer besser bezahlt werden. Das Kitaförderungsgesetz soll angepasst werden, um den Rechts-



Kultursenator Klaus Lederer, Innensenator Andreas Geisel und Justizsenator Dirk Behrendt (v. l.) stellen der Presse die Ergebnisse der Senatsklausur vor.

Foto: Ralf Höschele

anspruch auf sieben Stunden Betreuung für 0- bis 3-jährige Kinder auszuweiten.

## GESUNDHEIT, PFLEGE UND GLEICHSTELLUNG

Im Bereich Gesundheit, Pflege und Gleichstellung wird mit dem Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes zum 1. Januar 2017 der Informationsbedarf gedeckt. Hierzu werden derzeit niedrigschwellige und kultursensible Informationen von Pflegebedürftigen und Angehörigen insbesondere über Broschüren in sieben Sprachen erarbeitet. Das Berliner Kammergesetz soll novelliert werden, u. a. mit Blick auf geschlechtergerechte Sprache und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Weiterbildungsrecht. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für PatientInnen werden Berliner Krankenhäuser mit kostenfreiem WLAN ausgestattet.

## FINANZEN UND VERWALTUNG

In den Bereich Finanzen fallen u. a. Maßnahmen, die die Wohnungspolitik des neuen Senats flankieren. Die Zweitwohnungssteuer soll angehoben werden und eine Konzeption für die Nutzung von Vorkaufrechten und strategischen Ankäufen entwickelt werden. Um schnelleres und besseres Verwaltungshandeln zu erzielen, wird eine Projektstruktur zwischen Senat, Bezirken und öffentlichen Betrieben etabliert, welche die Umsetzung der Leitprojekte Radverkehr, Unterbringung, Schulbau

und -sanierung sowie Bürgerämter steuert. Durch E-Recruiting soll die Personalgewinnung für die Berliner Verwaltung beschleunigt werden.

## VERKEHR UND UMWELT

Im Bereich Verkehr, Umwelt und Klimaschutz wird im Dialog mit dem Volkstschscheid Fahrrad und weiteren Verbänden ein Radverkehrsgesetz als erster Baustein eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg gebracht. Ein Bündnis für den Radverkehr wird initiiert. Der Preis für das Berlin-Ticket S (Sozialticket) soll an den im ALG-II-Regelsatz vorgesehenen Anteil für Mobilität angepasst werden. Zudem soll der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet werden.

## STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN

Der Wohnungsbau soll angekurbelt und der Mieterschutz verbessert werden. Die Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau werden ausgesetzt. Prinzipien der Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden entwickelt, das Stadtforum und das Baukollegium neu konzipiert. Um mehr Wohnraum zu schaffen, startet die Aufstellung des Stadtentwicklungsplans Wohnen 2030.

## KULTUR UND EUROPA

Im Bereich Kultur und Europa wird eine Servicestelle Diversität etabliert. Als Beitrag zum Reformationsjahr wird die Kultur-

projekte GmbH mit dem Projekt „Das Paradies ist überall“ ein stadtweites Dialogprojekt an 73 Orten im Stadtraum installieren. Im Europabereich muss sich Berlin auf die EU-Förderpolitik nach 2020 vorbereiten.

#### WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Im Bereich Wirtschaft, Energie und Betriebe ist der Ausbau des Berliner Stadtwerkes ein zentrales Vorhaben. Das Stadtwerk wird über das bisherige Maß hinaus unternehmerisch arbeiten können. Das Service Konto

Berlin (SKB), das derzeit eingeführt wird, wird an den Online-Dienst für Gewerbemeldungen des „Einheitlichen Ansprechpartners“ angebunden.

#### ARBEIT UND SOZIALES

Im Bereich Integration, Arbeit und Soziales sollen die noch verbliebenen Notunterkünfte in Sporthallen (derzeit noch 16 Standorte) freigezogen werden. Darüber hinaus wird die Anzahl der Plätze in der Kältehilfe von 800 auf 1000 erhöht. Die

Verbundausbildung wird intensiviert und eine stärkere Ausbildungsbeteiligung von migrantischen Unternehmen angestrebt.

#### JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Im Bereich Justiz und Verbraucherschutz wird eine Fach- und Koordinationsstelle gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt auf den Weg gebracht. Ein neuer Vertrauensanwalt soll als Anlaufstelle für anonyme Hinweisgeber bei Korruptionsverdacht seine Arbeit aufnehmen. BS □

# „Investitionen stehen im Vordergrund“

Michael Müller im Interview über Herausforderungen der künftigen Regierungsarbeit

**Am 12. Januar stellte Michael Müller in einer Regierungserklärung die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik dem Abgeordnetenhaus vor. Im BS-Interview spricht er über die Situation in den Bürgerämtern, die gute Finanzlage Berlins und das 100-Tage-Programm des Senats.**

*Ihnen ist es besonders wichtig, dass der Senat für die ganze Stadt da ist, für die Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt ebenso wie für diejenigen in den Außenbezirken. Wie wird sich das ausdrücken?*

Das ist ja zunächst für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Im Grunde geht es darum, bei allen Maßnahmen zu prüfen, ob sie gleichermaßen überall in der Stadt ankommen oder eben dort, wo die Probleme am größten sind, mehr zu machen als woanders. Viele Menschen wohnen gerne fernab vom Trubel der Innenstadt. Uns ist es aber wichtig, dass jeder überall in der Stadt eine gute Infrastruktur vorfindet – dazu gehören zum Beispiel auch gute Schulen für mehr Chancengleichheit

*Die Koalition hat sich ein 100-Tage-Programm gegeben, mit 60 konkreten Vorhaben, die bis zum 19. April auf den Weg gebracht sein sollen. Was ist für Sie das wichtigste Projekt?*

Da will ich jetzt gar nicht gewichten. Jedes Haus hat fünf Vorhaben für die ersten 100 Tage angekündigt und die müssen jetzt von den zuständigen Senatsmitgliedern und ihren Verwaltungen umgesetzt werden! Für mich ist dabei als Regierender Bürgermeister und Wissenschaftssenator besonders wichtig, zum Beispiel die vereinbarten Ziele für die Konzeption einer besseren und brei-



Berlin als menschliche Metropole als Leitbild: Michael Müller.

Foto: Martin Becker

ter aufgestellten Industriepolitik umzusetzen und die Digitalisierung voranzutreiben.

*Berlin hat 2016 einen Überschuss von 1,25 Mrd. Euro erzielt. Damit kann Rot-Rot-Grün Leitprojekte wie die Schulsanierung, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum oder die Modernisierung der Verwaltung noch zeitiger anpacken. Wo werden die BerlinerInnen am schnellsten merken, dass es keinen Sparzwang mehr gibt?*

Vorsicht. Wir haben immer noch Schulden von etwa 59 Mrd. Euro. Um langfristig handlungsfähig zu sein, wollen wir auch weiterhin konsolidieren und hohe Millionenbeträge in die Entschuldung der Stadt fließen lassen. Aber Investitionen stehen jetzt klar im Vordergrund, dazu bekennt sich der Senat und dafür gibt es den nötigen

finanziellen Spielraum – im Übrigen, weil die Politik in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gesetzt hat. Es liegt in der

Natur der Sache, dass Schulen nicht von heute auf morgen saniert und Wohnungsbau auch Zeit benötigt. Aber die Berlinerinnen und Berliner werden wie auf den Bürgerämtern merken, dass es sprichwörtlich auf den vielen Baustellen vorangeht.

*Apropos Bürgerämter. Die Koalition hat sich bis zum Ende des Jahres das Ziel gesetzt, dass jeder innerhalb von zwei Wochen einen Termin im Bürgeramt bekommen sollte. Jetzt gibt es wieder freie Termine und deutlich kürzere Wartezeiten. Ist das Ziel bereits erfüllt?*

Insgesamt zeigt die positive Entwicklung auf den Ämtern, wie richtig es ist, dass wir auch wieder im großen Umfang den öffentlichen Dienst personell besser ausstatten. Damit haben wir ja bereits 2016 begonnen und das wirkt jetzt, da die bewilligten Stellen angekommen sind. Richtig ist, dass sich die Situation in den Bürgerämtern deutlich entspannt hat. Das muss sich jetzt durch weitere Maßnahmen z. B. mit zusätzlichen Angeboten, Anliegen auch online zu erledigen, verstetigen.

Fragen: C. Bauermeister □

„Die BerlinerInnen werden auf den Bürgerämtern merken, dass es vorangeht“

# Zappeln verboten

Lernen mit Therapiehund: Raed Saleh besuchte 3. Klasse

**Durch den Einsatz von Therapiehunden an Schulen lernen Kinder Sozialverhalten und Empathieempfinden. Das fördert das Lernen. SPD-Fraktionschef Raed Saleh zu Besuch in der Siegerland-Grundschule.**

Die Leckerli gibt es erst am Schluss. Bevor Therapiehündin Venya ihre Belohnung bekommt, müssen alle erstmal arbeiten. Vier Stunden die Woche kommen Venya und Erzieherin Katharina Raschkewitz in eine dritte Klasse der Siegerland-Grundschule. Hund und Frauchen sind speziell für ihren Einsatz ausgebildet, allen 26 Kindern wurden die Verhaltensweisen des Tieres ausführlich erklärt. Beim Besuch von SPD-Fraktionschef Raed Saleh steht gerade ein Quiz auf dem Programm, bei dem im Teamwettbewerb verschiedene Fragen beantwortet werden müssen. Mit und über den Hund wird Wissen vermittelt – die Mädchen und Jungen sind voll bei der Sache, denn die Gewinner dürfen Venya füttern.

## RUHIGE VENYA NIMMT KINDERN ANSPANNUNG UND ÄNGSTE

„Wenn der Hund im Unterricht ist, halten sich alle gerne an Regeln“, sagt Katharina. Die empfindlichen Ohren des Tieres vertragen keine große Lautstärke, auch Herumgezappel ist verboten. Die Kinder nehmen Rücksicht, weil sie den Hund nicht erschrecken wollen. Das wirkt sich positiv auf das Gruppenverhalten aus, auch wenn das Tier nicht da ist. Die ruhige kleine Venya, ein Findelhund, nimmt den Kindern zudem Anspannung und Ängste. Das Empathie-



Raed Saleh mit Therapiehund Venya: „Man sieht, die ganze Klasse profitiert davon.“

Foto: SPD-Fraktion

empfinden der Mädchen und Jungen wird im Umgang mit ihr gestärkt und der Unterschied zwischen einem Gefühl und dem einer Situation angemessenen Verhalten vermittelt.

Der Einsatz des Therapiehundes wird mit Mitteln aus dem von SPD-Fraktionschef Raed Saleh initiierten Brennpunktschulprogramm gefördert. „Man sieht, dass die ganze Klasse davon profitiert“, so Saleh, „Venya ist ein Vorbild für die Unterrichtsgestaltung auch an anderen Schulen.“

cs □

## BILDUNG

# Mangelberuf ErzieherIn

**Bildungssenatorin Sandra Scheeres will sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der ErzieherInnenberuf zum Mangelberuf erklärt wird.**

Ihren Vorstoß begründete sie vor allem damit, dass so Fördermaßnahmen besser finanziert werden könnten wie etwa die dreijährige Ausbildung für Quereinsteiger durch die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit. Zudem könnte der ErzieherInnenberuf auf die sogenannte Positivliste genommen werden. Das erleichtert die Einstellung ausländischer Fachkräfte.

Laut Scheeres gebe es zwar gegenwärtig genügend Erzieherinnen und Erzieher. Mittelfristig bestünde jedoch ein großer Bedarf. Rot-Rot-Grün will bis zum Jahr 2020 rund 30.000 neue Kita-Plätze schaffen. Gleichzeitig will die Koalition den Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen auf den Bundesdurchschnitt senken. In Berlin müssen laut Scheeres im Kitajahr 2016/17 rund 1300 neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. In den vergangenen Jahren sind die Ausbildungskapazitäten bereits mehr als verdoppelt worden.

Unterstützung erhält die Bildungssenatorin u.a. von Bremens Bildungsministerin Claudia Bogedan (ebenfalls SPD). Auch in der Hansestadt ist der Bedarf an ErzieherInnen groß. Bremen braucht bis zum Jahr 2020 rund 700 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Zudem würden 55 neue Kitas gebaut.

chb □

## GLEICHSTELLUNG

# Nein heißt Nein

Senatorin Dilek Koalt startet Postkartenaktion gegen sexuelle Übergriffe

**Die Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Dilek Koalt hat Ende Dezember die Postkartenaktion „Nein heißt Nein – immer und überall“ gestartet.**

Bis Ende Januar werden in Berlin 80.000 Postkarten in fast 500 Kneipen, Restaurants, Clubs oder anderen gastronomischen oder kulturellen Einrichtungen verteilt. Die Karten mit dem Aufdruck „Nein heißt Nein“ sind in mehreren Sprachen bedruckt und machen auf die im letzten Jahr beschlossenen Änderungen im Sexualstrafrecht aufmerksam. Dazu Dilek Koalt: „Jeder sexuelle

Nein heißt Nein ♀♂♂♂♂♂  
 ♀♂♂♂♂♂♂♂♂ No means no  
 Non, c'est non ♀♂♂♂♂♂♂♂♂  
 نه یعنی نه ♀♂♂♂♂♂♂♂♂  
 لا تعني لا ♀♂♂♂♂♂♂♂♂  
 Нет означает нет ♀♂♂♂♂♂♂♂♂

Übergriff ist einer zu viel! Die Reform des Sexualstrafrechts war deshalb schon lange überfällig, nicht erst seit den Vorfällen zu

Silvester 2015 in Köln und anderswo. Früher hing die Strafbarkeit einer sexuellen Nötigung zum Beispiel davon ab, dass die betroffene Frau sich wehrt oder um Hilfe ruft. Ich habe bereits damals gefordert, dass bereits ein ‚Nein‘ als Nicht-Einverständnis ausreichen muss. ‚Nein heißt Nein‘ ist jetzt Gesetz. Ich appelliere deshalb an die Frauen und Mädchen, die Opfer sexueller Gewalt oder Belästigung werden, die 110 zu wählen oder zur Polizei zu gehen! Berlin duldet keine sexuellen Übergriffe auf Frauen und Mädchen!“

PM □

# 150 Angebote für Ehrenamtler

## Gemeinsame Ehrenamtskarte für Berlin und Brandenburg vorgestellt

**In Berlin und Brandenburg gibt es seit diesem Jahr eine gemeinsame Ehrenamtskarte zur Anerkennung des freiwilligen Engagements. Inhaber können angebotene Vergünstigungen von etwa 150 Partnern, die das Projekt in beiden Ländern unterstützen, in Anspruch nehmen.**

In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 11. Januar haben der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller und Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke die neue Karte vorgestellt. Dabei klang immer wieder die nicht hoch genug zu schätzende Bedeutung des Ehrenamts für unser gemeinsames Zusammenleben in Deutschland an. „Freiwilliges Engagement begegnet uns an so vielen Stellen, oft nehmen wir es gar nicht wahr und unterschätzen die Kraft, die es erfordert, sich regelmäßig ohne Gegenleistung für einen guten Zweck einzusetzen“, so Michael Müller. Ihm ist es „ein wichtiges Anliegen, mit dieser Form Danke zu sagen. Es geht nicht ums Geld verdienen, aber es geht darum, die Leistung zu würdigen, und diesen Anspruch können die Ehrenamtlichen auch erwarten.“

### BISHER 10.000 KARTEN AUSGEREICHT

In Berlin und Brandenburg sind derzeit knapp 40 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich aktiv. Einen Anspruch auf die Karte haben jene, die sich mindestens 200 Stunden pro Jahr ohne Entgelt und mit der Absicht, ihr Ehrenamt weiterhin auszuüben, engagieren. Außerdem muss das Ehrenamt in Berlin oder Brandenburg ausgeübt wer-



Präsentierten die Karte für Berlin und Brandenburg: Friedhelm Schatz (Geschäftsführer Filmpark Babelsberg), Ministerpräsident Dietmar Woidke, der Regierende Bürgermeister Michael Müller und Tobias Hoffmann (Direktor Bröhan Museum) (v.l.)

Foto: Robert Stübner

den. Die Karten werden dann von der jeweiligen Trägerorganisation ausgegeben und sind für drei Jahre gültig.

Bisher profitieren knapp 10.000 Engagierte von den Vorteilen der Ehrenamtskarte. Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, kann damit in Berlin bei 39 und in Brandenburg sogar bei 105 Partnern Vergünstigungen bekommen. Aktuelle Partner sind unter anderem der Friedrichstadtpalast in Berlin, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Filmpark Babelsberg, Grün Berlin GmbH, die Weiße Flotte Potsdam, Hertha BSC Berlin, der Zoo Ebers-

walde und viele andere. Die Partner können frei und passend zu ihrem Profil entsprechende Vergünstigungen anbieten.

Allerdings ist die Karte auch als Zeichen des Zusammenhalts der beiden Länder und der Menschen gedacht. Das gute Zusammenleben ist nicht mehr selbstverständlich und umso wichtiger ist es, die kleinen Vorbilder und Alltagshelden öffentlich zu stärken. Engagiertes Mitwirken an der Gesellschaft sollte nicht umsonst sein, das bekräftigt auch Dietmar Woidke: „Es reicht nicht, nur Danke zu sagen, indem wir mal eine Hand schütteln.“ **Robert Stübner** □

### SOZIALES

## Für Verständigung – gegen Ausgrenzung

### Vorschläge für Zivilcourage-Preis noch bis 1. März möglich

**Bis zum 1. März können Einzelpersonen und Gruppen aus Berlin und Brandenburg für das Band für Mut und Verständigung vorgeschlagen werden.**

Der Preis würdigt Menschen, die durch mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistisch motivierter Gewalt beschützt haben oder durch ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur interkulturellen und sozialen Verständigung leisten. Ein breites gesellschaftliches Bündnis unter Beteiligung der Regierun-

chefs der beiden Bundesländer verleiht die Zivilcourage-Auszeichnung zum 24. Mal.

„Ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft ist gerade aktuell leider nicht selbstverständlich“, sagt die DGB-Vorsitzende für Berlin und Brandenburg Doro Zinke. „Mit dem Band für Mut und Verständigung wollen wir honorieren, was hier vor Ort von für Verständigung und gegen Ausgrenzung ehrenamtlich geleistet wird.“ Die Auszeichnung solle andere zum Mitmachen ermutigen.

Das Band für Mut und Verständigung wird seit 1993 vom Bündnis für Mut und Verständigung verliehen (bis 2014: Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit), das der DGB nach den gewaltsamen Übergriffen auf Ausländer Anfang der 1990er Jahre initiiert hatte.

Vorschläge können unter [mutundverstaendigung@dgb.de](mailto:mutundverstaendigung@dgb.de) oder beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Bündnis für Mut und Verständigung, Keithstraße 1+3, 10787 Berlin eingereicht werden. **PM** □

## FACHAUSSCHUSS WIRTSCHAFT

## Arbeit 4.0: flexibel oder überfordert?

**Über Chancen und Risiken der Digitalisierung von Arbeit hat der Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie auf einer Sitzung am 17. Januar diskutiert.**

Das Thema Arbeit 4.0 ist heute in aller Munde. Bereits 2015 hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen bundesweiten Dialog hierüber angestoßen und erste Ergebnisse dann Ende November 2016 vorgestellt. Dort wurde über bestimmende Trends, gewandelte Werte und wichtige Handlungsfelder der künftigen Arbeitsgesellschaft diskutiert. Auch die ehemalige Arbeitssenatorin Dilek Kolat hat sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt, da Berlin mit seiner Start-up-Szene zur Modellstadt der digitalen Arbeitswelt werden kann.

Die Ansprüche an die Arbeit der Zukunft und an den Sozialstaat in der Gesellschaft haben sich radikal verändert: Crowdworking, Jobsharing, Homeoffice und viele andere neue Modelle sind heute schon Realität. Sie bedeuten maximale Flexibilität. Allerdings führen sie häufig zu Überforderung, Ausbeutung und Entgrenzung der Beschäftigten und damit zu langfristigen gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schäden.



Barbara Loth

Foto: Joachim Gern

Unser wichtigstes Ziel ist es daher, sie davor zu schützen. Daher müssen wir vorausschauend die sozialen Bedingungen und Spielregeln der künftigen Arbeitsgesellschaft neu gestalten.

Basis ist und bleibt unser Leitbild „Gute Arbeit“. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat angekündigt, diesbezüglich umfangreiche Studien und Forschungsvorhaben durchzuführen. Wir werden dies im Fachausschuss begleiten. □

**Barbara Loth** ist Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

# Weckruf Trump

Im Interview: SPD Neu-Mitglied Kevin Maaß



Kevin Maaß will ab Herbst Wirtschaftspolitik in London studieren – vorher will der 22-Jährige aber noch beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf zur Bundestagswahl helfen.

Foto: C. Bauermeister

**Er trat zwei Tage nach dem Sieg von Donald Trump bei der US-Wahl in die Berliner SPD ein: Kevin Maaß (22) studiert an der FU Berlin Nordamerikastudien und VWL. Warum er sich bei den ersten Juso-Sitzungen verkleidet gefühlt hat, erzählt er im Interview.**

*Lieber Kevin, herzlich willkommen in der Berliner SPD. Hast du bereits länger darüber nachgedacht, in eine Partei einzutreten?*

Ehrlich gesagt, hätte ich nie gedacht, jemals einer Partei beizutreten. Ich dachte, das kann ich nicht. Dafür bin ich zu ehrlich. Ich hatte den Eindruck, dass bei vielen Politikern die Wiederwahl über allem steht.

*Was ist dann passiert?*

Ich habe von 2015 bis zum Sommer 2016 zwei Semester in Berkeley in den USA studiert. Damals habe ich den Vorwahlkampf um die US-Präsidentschaft mitbekommen. Obwohl Donald Trump bei den Republikanern das Rennen gemacht hatte, glaubte im liberalen Berkeley fast niemand an einen Sieg Trumps bei der Wahl im November – auch ich nicht. Als ich dann wieder zurück in Deutschland war, beobachtete ich hier den weiteren Aufstieg der AfD. Da habe ich mich spontan entschlossen, zu einer Juso-Sitzung in einem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu gehen. Denn immer nur Beschwerden hilft niemandem.

*Warum zu den Jusos?*

Vielleicht weil ich aus dem sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen komme (*lacht*). Nein, ich habe mich

schon immer mit den Positionen der SPD identifiziert. Ich erinnere mich gut an eine Diskussion im Sozialkunde-Unterricht in der Schule in Hamm. Jeder sollte sich in eine politische Richtung sortieren, vom Kommunismus bis zum Kapitalismus. Nur drei der insgesamt 18 Schülerinnen und Schüler ordneten sich links ein. Der Rest meinte etwa, dass sie als Gymnasiasten ja reich wären und später nicht so viele Steuern bezahlen wollen. Ich war schockiert.

*Wie war die erste Juso-Sitzung?*

Ich habe damals ein Praktikum in der US-Botschaft gemacht und bin direkt nach der Arbeit zur Sitzung gefahren. Im Anzug kam ich mir dort etwas verkleidet vor (*lacht*). Ansonsten war ich überrascht von dem guten Themenmix. Ich dachte, wir diskutieren da jetzt, wo die nächste Ampel hinkommt.

Stattdessen gab es einen Vortrag über den Israel/Palästina-Konflikt.

*Was sagen deine Eltern zu deinem Parteieintritt?*

Sie haben gescherzt: „Aha, noch einer von denen“. Mein Vater fragt mich jedes Mal am Telefon, ob ich mein Parteibuch schon habe. Ich habe es allerdings noch zu keiner

Abteilungssitzung geschafft.

*Was, glaubst du, ist die richtige Strategie gegen die AfD?*

Wir sollten auf Populismus nicht mit Populismus reagieren. Wir müssen etwas daran ändern, dass die Leute denken: „Die da oben stehen gar nicht mehr für uns ein“.

„Ich hätte nie gedacht, jemals einer Partei beizutreten. Ich dachte, dafür bin ich zu ehrlich.“

Fragen: Christina Bauermeister □

## FRAKTION INTERN

Mehr als 200 Gäste sind am **14. Januar** zum **Neujahrsempfang der SPD-Fraktion** in die Kalkscheune in Mitte gekommen. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden, Unternehmen, Organisationen und Religionsgemeinschaften in Berlin. SPD-Fraktionschef Raed Saleh bedankte sich bei allen für ihren Einsatz für eine weltoffene, soziale und sichere Stadt. „Wir arbeiten gemeinsam dafür, dass Berlin eine lebenswerte Stadt für alle bleibt“, sagte Saleh. Die SPD-Abgeordneten, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und die SPD-SenatorInnen Sandra Scheeres, Andreas Geisel, Dilek Kolat und Matthias Kollatz-Ahnen standen den Gästen für Gespräche zur Verfügung. Viele nutzen die Möglichkeit, mit ihnen zu reden und die neuen Gesichter in dieser Legislatur kennenzulernen. Für die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende **Barbara Loth** (Foto), die an dem Tag Geburtstag hatte, sangen alle ein Ständchen.



Foto: SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses fährt von **20. bis 22. Januar** zu ihrer traditionellen **Fraktionsklausur**. Sie findet in diesem Jahr in **Erfurt** statt. Im Mittelpunkt steht das Thema „Moderne Metropolenpolitik für Berlin“. Es ist die erste Klausurtagung in der 18. Wahlperiode für die 38 SPD-Abgeordneten, von denen 11 zum ersten Mal ins Parlament gewählt wurden.

Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein wird die Berliner Abgeordneten begrüßen. Die SPD-Senatsmitglieder werden auf der Klausur ihre strategischen Projekte für Berlin vorstellen. Auf dem Programm steht auch ein Besuch in der Synagoge mit einer Führung des Direktors der Geschichtsmuseen Erfurt. Die Fraktion berichtet von der Klausur live auf Facebook unter [www.facebook.com/spdfraktionberlin](http://www.facebook.com/spdfraktionberlin).

cs □

# Zum Bleiben bewegen

## Fachausschuss diskutierte über Afrika und Europa

**Im Dezember setzte der Fachausschuss Internationale Politik der Berliner SPD den im Jahr 2014 begonnenen Dialog zu den Entwicklungsperspektiven von Afrika und Europa im 21. Jahrhundert fort.**

Als Referenten konnten Boniface Mabanza (Katholische Arbeitsstelle südliches Afrika, Träger des Dorothee-Sölle-Preises für aufrechten Gang 2015) und Fidelis Etah Ewane (Senior Analyst bei WikiStrat Inc., Lehrbeauftragter für Afrika-Studien der International University Karlsruhe) gewonnen werden. Beide sind engagierte Akteure in der afrikanischen Diaspora und in der deutsch-afrikanischen Entwicklungszusammenarbeit.

Wir leben in einer globalisierten Welt mit multiplen, miteinander verwobenen Krisen. Mit der Flüchtlingskrise von 2015 drängten diese Krisen, vor allem im Nahen Osten und in Afrika, bis in die Kernländer Europas hinein. Die EU und Regierungen der europäischen Nationalstaaten versuchten seither über ein effektiveres Grenzregime die Krisenfolgen wieder zu externalisieren, so Boniface Mabanza. Als Beleg nannte er das von der EU mit afrikanischen Regierungen ausgehandelte Freihandelsabkommen (EPAs). Die EU und Deutschland sähen die afrikanischen Länder als Rohstofflieferanten und hätten kein Interesse an der Entstehung von Wertschöpfungsketten und damit an der Entstehung von einheimischen Industrien und hochwertigen Arbeitsplätzen vor Ort. Die EU und die USA vergäben zwar „Entwicklungshilfegelder“ an Afrika, durch die illegalen Kapitalab-



Peter Lehmann (M.) ist stv. Vorsitzender des Fachausschusses Internationales FOTO: U. Pott

flüsse sei Afrika jedoch in Wirklichkeit ein Geldgeber. Die illegalen Kapitalabflüsse hätten den zehnfachen Wert der „Entwicklungshilfe“, so Mabanza.

Nach Meinung von Fidelis Etah Ewane ist die europäische Entwicklungspolitik gescheitert, da die Stimme der afrikanischen Diaspora mit ihrem Wissen um die Eigenheiten der afrikanischen Länder nicht genügend gehört würde. Zwar würden Mitglieder vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit bei Projekten eingesetzt, die Beteiligung müsse aber schon im Vorfeld erfolgen. Tausende von Ärzten, Ingenieuren und anderen Experten aus der Diaspora würden auf eigene Kosten im Gesundheitswesen, bei der Gründung von Start-ups, der Beratung von Regierungen und Organisationen mitarbeiten, damit demokratisch legitimierte und nachhaltige Strukturen vor Ort entstehen, die Menschen zum Bleiben bewegen können. **Peter Lehmann** □

## NOTIZEN

- Erneuter **Brandanschlag** in Neukölln: In der Nacht vom 13. auf den 14. Januar 2017 wurde in der **Britzer Hufeisensiedlung** das **Fahrzeug** der stellvertretenden Vorsitzenden der Neuköllner SPD-Fraktion, **Mirjam Blumenthal**, in Brand gesteckt. Das LKA ermittelt. Dazu erklärt der SPD-Landesvorsitzende **Michael Müller**: „Diese gezielten Taten sind Einschüchterungsversuche und ein Angriff auf unsere Demokratie“. Allein in der zweiten Jahreshälfte des letzten Jahres gab es sechs Anschläge auf Neuköllner Bezirkspolitiker, engagierte Institutionen und Privatmenschen“.

- Bis Redaktionsschluss standen drei der 12 Berliner SPD-Direktkandidaten für die Bundestagswahl fest. Am 17. Dezember 2016 wählte die Wahlkreiskonferenz im Bundestagswahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost **Cansel Kiziltepe** zur Direktkandidatin. Am gleichen Tag sprachen die Delegierten der SPD Pankow ihrem bisherigen Kandidaten **Klaus Mindrup** erneut ihr Vertrauen aus. Am 19. Dezember folgte die Wahlkreiskonferenz Treptow-Köpenick und ihr Votum für den Abgeordneten **Matthias Schmidt**. Am 21. Januar wird die Wahlkreiskonferenz der Neuköllner SPD ihren Kandidaten bestimmen. Bislang einziger Kandidat ist Fritz Felgentreu (MdB).

# Dort, wo das Leben tobt

Cansel Kiziltepe zu Besuch im Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez



Cansel Kiziltepe (3. v.l.) zusammen mit den Mitarbeiterinnen des Familien- und Nachbarschaftszentrums Wrangelkiez.

Foto: Tamara van Hove

**Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zum 1. Januar 2017 ein neues Bundesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern gestartet. Die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe besuchte am 10. Januar das Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez, das zugleich ein Mehrgenerationenhaus ist. Hier ihre Eindrücke:**

Ich wurde durch das bunte Haus geführt und habe das weitreichende Angebot für Menschen jeden Alters kennenlernen können. Geboten werden dort u. a. verschiedenste Kurse für Jung und Alt, Platz für Gruppentreffen und offene Nachbarschaftstreffen sowie Beratungsmöglichkeiten wie zum Beispiel eine Mieterberatung. In diesem Jahr hat sich das Haus besonders der Integration verschrieben und bietet unter anderem Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund und Gruppenkurse zur interkulturellen Begegnung an.

## 500 MEHRGENERATIONENHÄUSER

Die Träger des Mehrgenerationenhaus-Projektes sind wichtige Ansprechpartner für Menschen in den Kiezen. Vor Ort werden Bedürfnisse der Menschen aufgegriffen und der kommunale Austausch belebt. Die Häuser stärken Bürgerbeteiligung und den Zusammenhalt in der Nachbarschaft. Durch ihren offenen und unkomplizierten Zugang werden auch Menschen erreicht, die Berührungängste haben oder sich nicht zugehörig fühlen.

Seit 2006 sind mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des gleichnamigen Aktionsprogramms rund 500 Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung für alle Generationen entstanden.

Das Erfahrungswissen, das die Mehrgenerationenhäuser in ihrer Arbeit in den Bezirken als Instrumente unter anderem zur Ergänzung der sozialen Infrastruktur, zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchtgeschichte gesammelt haben, soll gesichert werden.

## FLEXIBILITÄT IN DER ARBEIT

Deshalb führt das BMFSFJ das Aktionsprogramm auch über das Jahr 2017 hinaus fort. Die Ausgestaltung des neuen Bundesprogramms ab 2017 beruht auf den bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Programmbegleitung und der engen Abstimmung mit den Ländern, d. h. dem Land Berlin und den kommunalen Sozialverbänden. Die Planung des Programms legt den Schwerpunkt ab 2017 darauf, Mehrgenerationenhäusern mehr Flexibilität in ihrer Arbeit zu ermöglichen, damit sie ihre Angebote noch besser an den jeweiligen Ausgangslagen und Herausforderungen vor Ort ausrichten können.

Zwei inhaltliche Schwerpunkte, in deren Rahmen die Häuser ihre Angebote bedarfsgerecht und möglichst flexibel gestalten, gibt das Bundesprogramm vor: die Gestaltung des demografischen Wandels und die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie die drei Querschnittsziele: Generationenübergreifende

Arbeit, freiwilliges Engagement und Sozialraumorientierung.

Ich habe bei meinem Besuch des Mehrgenerationenhauses wieder erfahren können, wie wichtig diese Institutionen für die Kieze sind. Als Anlaufstelle für Nachbarn, als Bildungsort und als Ort der Zusammenkunft und des Miteinanders, an dem sich Menschen aller Generationen begegnen und aktiv sind. Die Wichtigkeit dieser sozialen Einrichtungen ist unübersehbar und deshalb freut es mich, dass das Familien- und Nachbarschaftszentrum auch in der neuen Förderperiode des BMFSFJ ein Mehrgenerationenhaus bleibt. □

*Cansel Kiziltepe ist Bundestagsabgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg und ordentliches Mitglied im Finanzausschuss.*

## INTERKULTURELLE ÖFFNUNG

### Viefalt erlebbar machen

**Mit einem Konzept für „Interkulturelle Öffnung“ (IKÖ) will die Berliner SPD den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Partei erhöhen und sie besser in politische Prozesse einbinden. Der SPD-Landesvorstand stimmte in seiner Sitzung vom 16. Januar der Umsetzung des Konzepts zu.**

Mithilfe eines Fragebogens soll in einem ersten Schritt evaluiert werden, welche Aktionen und Schulungen es in den Kreisen bereits gibt. Ein zweiter Fragebogen wird allen Kreisvorstandsmitgliedern und Mitgliedern der BVV-Fraktionen überreicht. Hier geht es u. a. um Diskriminierungserfahrungen und Wünsche der Mitglieder nach spezifischen Angeboten.

Als Maßnahmen vorgesehen sind u. a. Diversity-Trainings des Kurt-Schumacher-Hauses für geschäftsführende Kreis- und Abteilungsvorstände sowie Vorstände von Arbeitsgemeinschaften. Darüber hinaus soll das Mentoring-Programm in Zusammenarbeit mit dem KSH und der AG Migration neu aufgelegt werden. Außerdem sollen Werbeflyer für Neumitglieder in verschiedenen Sprachen erarbeitet werden. In Abstimmung mit der Antidiskriminierungsstelle ist eine „Schutzraum-Veranstaltung“ angedacht, bei der sich Mitglieder mit Diskriminierungserfahrungen in einem geschützten Raum austauschen können.

chb □



# Visafreiheit für die Ukraine

Sylvia Yvonne Kaufmann – Türen nach Europa nicht verschließen

**Deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind es mittlerweile gewohnt in andere Länder zu reisen, ohne dort vorher ein Visum zu beantragen.**

In 177 Staaten der Welt besteht eine so genannte Visafreiheit für Deutsche – Stand Januar 2016. Damit sind die Deutschen „Weltmeister der Visafreiheit“, keine anderen Staatsbürger können in so viele Staaten unkompliziert reisen. Das hat viele Vorteile: So entfallen nicht nur lästige und kostenpflichtige Behördengänge für die Bürgerinnen und Bürger. Private Kontakte und Reisen werden erleichtert, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Ländern gefördert.

## DURCH VISAFREIHEIT AUFENTHALT VON 90 TAGEN IN EU MÖGLICH

Die Europäische Union setzt sich daher dafür ein, auch Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten die visumsfreie Einreise in den Schengenraum zu ermöglichen. Bisher ist dies Bürgerinnen und Bürgern aus mehr als 50 Ländern möglich.

Im April 2016 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt, um zukünftig auch ukrainischen Staatsbürgerinnen und -bürgern mit biometrischen Reisepässen einen bis zu 90-tägigen visumfreien Aufenthalt in der EU zu ermöglichen.



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Foto: European Union 2015

Bevor dies geschah, wurde genau überprüft, ob das Land die festgesetzten Bedingungen und Reformauflagen erfüllt hat, die die EU an Länder richtet, deren Staatsangehörige visumfrei einreisen dürfen. Diese reichen von der Fälschungssicherheit der Pässe über Fragen der Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit im Land.

Die Regierungen der Mitgliedsstaaten forderten darüber hinaus noch die Einführung eines so genannten Aussetzungsmechanismus in der EU. Dies bedeutet: Die Visumfreiheit für einen Staat kann künftig schneller ausgesetzt werden, wenn die Zahl

von Staatsangehörigen dieses Landes, die sich irregulär im Schengenraum aufhalten, beträchtlich ansteigt oder wenn Bedrohungen der Sicherheit in der EU festgestellt werden. Nachdem kürzlich dieser Mechanismus vereinbart wurde, gab der im Europäischen Parlament zuständige Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, in dem ich arbeite, im Dezember 2016 grünes Licht für die Visafreiheit. Wenn Parlament und Rat dem Paket demnächst zustimmen und alles nach Plan läuft, kann die Visafreiheit für die Ukraine bereits im April in Kraft treten.

## HOHER SYMBOLISCHER WERT

Neben den praktischen Vorteilen für die Ukraine und die EU hätte die Entscheidung für die Visafreiheit zudem einen hohen symbolischen Wert: Die Ukraine kann auch in schwierigen Zeiten auf die EU als Partner zählen, die Türen nach Europa sind nicht verschlossen. Übrigens: Das gilt auch für weitere Länder. Die Verhandlungen zur Visafreiheit für die Bürgerinnen und Bürger Georgiens etwa stehen ebenfalls kurz vor dem Abschluss. □

*Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.*

## BUNDESTAG

# Gut für Kreative

Reform des Urhebervertragsrechts sieht u.a. Auskunftsanspruch für KünstlerInnen vor

**In der letzten Sitzungswoche des Jahres 2016 hat der Deutsche Bundestag die Novelle des Urhebervertragsrechts beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion konnte sich in den harten Verhandlungen mit dem Koalitionspartner in wesentlichen Forderungen durchsetzen. Davon profitieren die KünstlerInnen und Kreativschaffenden.**

UrheberInnen haben das Recht auf eine faire Beteiligung an der kommerziellen Verwertung ihrer schöpferischen Arbeiten. Bislang waren sie insbesondere gegenüber den großen VerwerterInnen in einer weit aus schwächeren Verhandlungsposition. Ein einmal honoriertes Werk wird oftmals in vielfältiger anderer Weise verwertet, ohne dass AutorInnen davon erfahren. UrheberInnen erhalten nun einen jährlichen



Eva Högl

Foto: Detlef Eden

Auskunftsanspruch darüber, wieviel die VerwerterInnen mit ihren Leistungen, etwa einem Zeitungsartikel, verdienen. Damit können sie ihre Vergütungsansprüche besser durchsetzen. Außerdem sollen UrheberInnen an einer Mehrfachnutzung ihrer Werke, beispielsweise durch verschiede-

ne Online-Medien, fair beteiligt werden. AutorInnen erhalten auch das Recht, nach Ablauf einer Schutzfrist von zehn Jahren, ihr Werk anderweitig zu vermarkten. Eine Exklusivverwertung entfällt. Niedrige Honorare gehören so der Vergangenheit an.

Auch bei der Verlegerbeteiligung konnten wir Gesetzeslücken schließen. Es sind gerade die kleineren und mittleren Verlage, die einen wichtigen Beitrag auf dem Buchmarkt leisten. Sie profitieren davon, dass künftig die Verlage mit den AutorenInnen an den Ausschüttungen der Verwertungsgesellschaften beteiligt werden. □

*Eva Högl ist Bundestagsabgeordnete aus Mitte und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien.*

# Ressortübergreifende Strategien gefragt

## Was die Berliner Arbeiterwohlfahrt (AWO) von Rot-Rot-Grün erwartet

Nach einem kurzen aber heftigen Wahlkampf sind die Kreuze gemacht, die politischen Verhandlungen abgeschlossen und der Kollationsvertrag, der die Arbeitsgrundlage für die neue Berliner Regierung bildet, unterschrieben. Eine Vereinbarung zwischen der SPD, die LINKE und BÜNDNIS 90 / Die Grünen, die nicht nur die Legislaturperiode bis 2021 prägt, sondern auch die Weichen für Berlin neu stellen soll.

Als einer der großen Arbeitgeber und Erbringer von Sozialer Arbeit in Berlin und auch als starker Mitgliederverband hat sich die Berliner Arbeiterwohlfahrt sehr intensiv mit der Wahl und den Koalitionsverhandlungen beschäftigt. Die eigenen Grundwerte der AWO – Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – lassen sich dabei immer wiederfinden.

### BERLIN BRAUCHT MUT FÜR VISIONEN

„Die neue rot-rot-grüne Regierung steht vor großen Herausforderungen – viele davon betreffen unsere Arbeit ganz unmittelbar“, so Ute Kumpf, die Berliner Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt.

Die Arbeit der AWO in Berlin umfasst nicht nur Kitas und den Pflegebereich, sie ist auch im Bereich der Jugendarbeit, mit Beratungsangeboten für Menschen in besonderen Lebenssituationen und der Arbeit mit und Beratung für Migrantinnen und Migranten aktiv. Auch für Geflüchtete engagiert sich der Verband auf professioneller Ebene.

„Die über 250 Seiten starke Koalitionsvereinbarung ist in einigen Teilen sehr greifbar, aber in der konkreten Ausgestaltung sehen wir noch Potenzial nach oben!“, meint Kumpf. „Ein Beispiel: Die Arbeiterwohlfahrt hat sich immer wieder besonders im Bereich der Kinder- und Familienarmut für Berlinerinnen und Berliner stark gemacht. Antworten auf dieses Problem müssen aktuell in sehr unterschiedlichen Senatsverwaltungen entwickelt werden.“ Ute Kumpf verweist hier auf eine aktivere Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe, bezieht aber gleichrangig auch Arbeitsmarktpolitik, Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe, den Kitaausbau und eine besser ausgestaltete Gesundheitsförderung mit ein. „Und damit sind noch längst nicht alle berührten politischen Ar-

beitsbereiche aufgezählt. Hier zeigt sich besonders, wie sehr wir ressortübergreifende Strategien für unsere Stadt brauchen. Soziale Schieflagen halten sich nur ungern an politische Ressortzuschnitte.“ Ute Kumpf spricht aus Erfahrung.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse aktuell sind zu begrüßen – aber halten sie auch das, was sie versprechen? Eines dieser „Versprechen“ findet sich gleich zu Beginn in der Präambel des Koalitionsvertrages: Berlin soll gemeinsam gestaltet werden.

„Hinter diesem ‚gemeinsam‘ steckt sehr viel mehr, bzw. müssen sehr viel mehr Menschen stecken, wenn mir diese Wortklauberei erlaubt ist“. Für Ute Kumpf findet sich hier eine der wesentlichen Aufgaben der Regierung. „Es geht nicht nur um ein aktives Demokratieverständnis oder die Zusammenarbeit der Parteien! Die Politik muss sich an den Menschen in dieser Stadt und an ihren Bedürfnissen orientieren, nur so können auch die Chancen auf Teil-

habe langfristig und nachhaltig verbessert werden.“ Es gilt also nicht nur Berlin zu verwalten – Berlin braucht Mut für Visionen und klare Konzepte für eine wachsende Großstadt. Somit ist dieser neue rot-rot-

grüne Senat kein Experiment – es ist eine Chance.

### WEITERHIN KRITISCHE DIALOGPARTNERIN DER BERLINER POLITIK

Die Arbeiterwohlfahrt wird die Regierungsarbeit mit großer Spannung weiter verfolgen: „Als Berliner AWO können wir den Weg, den die neue rot-rot-grüne Regierung nun beschreitet, nur gutheißen, aber die Arbeit der Parteien als gemeinsame Koalition für Berlin wird sich über ihre Papiere hinaus nur an ihren Taten messen lassen können.

Die Liste unserer Forderungen und Ideen, wie dies konkret umgesetzt werden könnte, ist lang. Wir sind und sehen uns aber auch weiterhin als kritische Dialogpartnerin der Berliner Politik und Verwaltung, um ‚gemeinsam‘ an einem Berlin zu arbeiten, das, so wie es im Koalitionsvertrag steht ‚solidarisch – nachhaltig – weltoffen‘ ist und bleibt! □

*Ute Kumpf war von 1998 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2002 bis 2010 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Seit November 2015 ist sie Landesvorsitzende des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V.*



Die Politik muss sich an den Menschen in dieser Stadt und an ihren Bedürfnissen orientieren, so die Berliner AWO-Vorsitzende Ute Kumpf.

Foto: AWO-Landesverband Berlin

# Vorbild Niederlande

Fritz Felgentreu: Warum es nur noch Volljährigen erlaubt sein sollte, zu heiraten

Vor kurzem hatte ich eine Diskussion mit einer Gruppe vierzehnjähriger Neuköllner Schülerinnen: über Lohngerechtigkeit, das Geschlechterverhältnis unter Jugendlichen, über Gewalt in der Kindererziehung und über die Verantwortung der Mädchen für die Ehre ihrer Väter.

Dabei berichtete ein Mädchen mit großer Unbefangenheit und Selbstverständlichkeit davon, wie eine Ehe angebahnt wird: Ein Mann sieht in der Öffentlichkeit ein Mädchen, das ihm gefällt. Daraufhin nimmt seine Familie Kontakt mit der Familie des Mädchens auf. Wenn die Familien sich einig werden, folgt ein halbes Jahr zum Kennenlernen. Danach geht man zum Imam und heiratet. Das Paar zieht zu den Eltern des Mannes oder in eine eigene Wohnung. Das Alter des Mädchens: von etwa vierzehn Jahren aufwärts. Auf meine Frage, wie die Mädchen dieses Verfahren finden, sagten sie: Gut. Sie würden ja nicht gegen ihren Willen verheiratet. Mein Einwand, dass Zustimmung auch durch Manipulation erreicht werden kann und dass eine Jugendliche vielleicht noch nicht reif genug ist für eine so folgenschwere Entscheidung, bekam zur Erwidrerung: „Bei uns macht man das so.“ Berliner Jugend im 21. Jahrhundert.

## WAS BEDEUTET „BEI UNS“?

„Bei uns“ bedeutet hier natürlich: in meiner Familie. In meiner Community. Unter denen, die unser Islamverständnis teilen. Es bedeutet nicht: bei uns in Neukölln, in Berlin, in Deutschland.

Die von der jungen Neuköllnerin beschriebene Praxis steht in eklatantem Widerspruch zu geltendem Recht. Denn schon heute ist es so, dass im Grundsatz nur Volljährige heiraten dürfen. In begründeten Ausnahmefällen darf ein Familiengericht Jugendlichen ab dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr die Eheschließung genehmigen. Im Ausland geschlossene Ehen können sogar ab dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr anerkannt werden, wenn dafür hinreichende Gründe vorliegen – so entschieden im Juni durch das Oberlandesgericht Bamberg, das dem Jugendamt das Recht entzogen hat, den Aufenthaltsort einer Fünfzehnjährigen zu bestimmen, die mit ihrem 21 Jahre alten Mann aus Syrien geflohen war. Der Fall ist reprä-

---

**„Die Flüchtlingskrise hat die Frage nach dem Ehefähigkeitsalter wieder auf die Agenda gesetzt.“**

---



Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu plädiert in seinem Debattenbeitrag, nach dem Vorbild der Niederlande die Ehe unter 18 Jahren ausnahmslos abzuschaffen.

FOTO: Deutscher Bundestag/photothek/Thomas Imo

sentativ. Die Flüchtlingskrise hat die Frage nach dem Ehefähigkeitsalter wieder auf die politische Agenda gesetzt. Nach Erhebungen der Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen werden in Syrien die Hälfte aller Ehen mit minderjährigen Mädchen eingegangen. Hunderte solcher Paare sind in den letzten zwölf Monaten nach Deutschland geflohen. Nach deutschem Recht wären diese Jugendlichen fast alle nicht ehefähig. Zumindest einen Teil der Ehen müssen wir als fortgesetzten Kindesmissbrauch einstufen. Die Niederlande haben aus diesen Erkenntnissen jetzt die Konsequenz gezogen, die Anerkennung von Ehen mit Minderjährigen grundsätzlich und ausnahmslos auszuschließen. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist auf ihrer Klausurtagung im September zu demselben Ergebnis gekommen.

Die angestrebte Regelung sieht vor, dass in Zukunft nur noch Volljährige die Ehe eingehen können. Die bisherige Möglichkeit Ausnahmen zuzulassen entfällt. Ehen, die nach ausländischem Recht mit Minderjährigen geschlossen worden sind, sollen in Deutschland nicht mehr anerkannt werden. Für ein solches Paar wie das vor dem Oberlandesgericht Bamberg würde das bedeuten, dass allein das Jugendamt entscheidet, wo die Jugendliche lebt und wie eng der

Kontakt zwischen ihr und dem Mann sein darf, mit dem sie nach dem Recht ihres Herkunftslandes verheiratet wäre. Diese Gesetzesänderung ist in der gegenwärtigen Situation notwendig. Sogar ohne die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einer neuen großen Einwanderungsbewegung hat sich die überkommene Rechtslage überlebt. Sie steht im Widerspruch zu den Empfehlungen der Vereinten Nationen, zu den Forderungen von Frauenrechtsorganisationen wie Terre des Femmes und von Kinderrechtsorganisationen wie dem Kinderschutzbund.

## WAS IST IM SINNE DES JUGENDSCHUTZES?

Der ursprüngliche Schutzzweck der Ausnahmen, nämlich die Entehrung und Ausgrenzung einer Jugendlichen und ihres unehelichen Kindes zu verhindern, entsprach den gesellschaftlichen Gegebenheiten der Kaiserzeit. In der völlig veränderten Welt von heute ist die Schwangerschaft einer Sechzehnjährigen womöglich ein organisatorisches und soziales Problem, ehrenrührig ist sie nicht. Sollte ein minderjähriges Elternpaar heiraten wollen, kann es das nach Erreichen der Volljährigkeit tun.

Im Sinne des Jugendschutzes wäre es deshalb auch ohne die Einwanderung aus Ländern, in denen Kinderehen üblich sind, sinnvoll, die Ausnahmen von der Ehefähigkeit ab 18 abzuschaffen.



Die internationale Nichtregierungsorganisation „Girls not brides“ - zu deutsch „Mädchen und keine Bräute“ will Zwangsheirat bekämpfen. Unter dem Hashtag #MyLifeAt15 befragte die Organisation Mädchen nach ihren Träumen und Wünschen, als sie 15 Jahre alt waren - stellvertretend für die rund 15 Millionen zwangsverheirateten Mädchen auf der Welt.

Foto: Chiara Frisone | Girls Not Brides

Von Seiten der Justizministerinnen und Justizminister von Bund und Ländern steht nun aber der Vorschlag im Raum, die Ehen minderjähriger Einwanderer ab dem vollendeten 16. Lebensjahr nicht einfach als nichtig zu betrachten, sondern sie durch einen Gerichtsbeschluss abzuerkennen oder – in seltenen Ausnahmefällen – sogar zu erhalten. Begründet wird diese Lösung damit, dass insbesondere in den Fällen, in denen schon Kinder aus der Ehe hervorgegangen sind, die Versorgungs- und Erbsprüche erhalten bleiben sollen. Es sei falsch, die aus der Ehe erwachsenen Rechte der jugendlichen Ehefrau und ihrer Kinder zu schmälern.

#### VORTEILE DER EHE KÖNNEN JUGENDGEFÄHRDUNG NICHT AUFWIEGEN

Zum Beispiel würde durch die Nichtigkeit der Ehe auch die Annahme der Vaterschaft entfallen. Die Vaterschaft des Ehemannes müsste dann erst aufwendig festgestellt werden. In den Fällen, in denen eine Jugendliche durch die Nichtigkeit der Ehe in ihrer Community entehrt und isoliert wäre, sodass sie nicht einmal in ihr Heimatland zurückkehren könnte, müsste in ihrem Interesse auch die Aufrechterhaltung der Ehe möglich sein.

Diese Argumente überzeugen nicht. Natürlich hat eine Ehe Vorteile. Aber bei Minderjährigen geht nicht nur die Kinderschutzkonvention der Vereinten Nationen davon aus, dass diese Vorteile die mit der

Ehe verbundene Jugendgefährdung nicht aufwiegen können. Was die Versorgungs- und Erbsprüche der Kinder angeht, so müsste es doch möglich sein, Eheurkunden aus dem Herkunftsland als Beweis der Vaterschaft zuzulassen, ohne deshalb die Ehe als solche anzuerkennen. Auf keinen Fall dürfen die Kinder die „Kette“ werden, die die Mutter in einer jugendgefährdenden Ehe festhält – im Gegenteil: Wenn schon die Mutter Betreuung durch das Jugendamt braucht, dann gilt das für ihre Kinder umso mehr.

Besonders problematisch ist das Argument, eine Jugendliche könnte durch die Nichtigkeit oder Aufhebung ihrer Ehe in ihrer Community isoliert werden. Diese Logik läuft auf einen Jugendschutz-Rabatt für Menschen aus patriarchalisch geprägten Gesellschaften hinaus. Es wäre das schlechteste Signal, das wir Einwanderern geben können. Im Gegenteil: Gerade an dieser Frage wird Einwanderern deutlich, dass Einwanderung mehr ist als ein Ortswechsel. Sie ist mit der Zumutung verbunden, die Gesetze und Werte einer anderen Gesellschaft zu akzeptieren, auch und gerade dann, wenn die eigene Lebensgestaltung davon berührt ist. Sich dieser Zumutung zu stellen dürfen Staat und Gesellschaft Einwanderern nicht ersparen.

Zweifelhaft scheint außerdem, ob ein gerichtliches Aberkennungsverfahren wirklich praktikabel ist. Zum einen ist nicht garantiert, dass das Jugendamt in allen Fällen die entsprechenden Anträge stellen kann. Vor allem, wenn deutsche Mädchen im Ausland verheiratet werden, wird es sehr wahrscheinlich nie dazu kommen. Zum anderen eröffnet der Gerichtsbeschluss den Rechtsweg. Das kann langwierig sein und führt zur Ausbildung eines fein verstellten Richterrechts darüber, nach welchen Kriterien Ausnahmen von der Aberkennung der Ehe zulässig sind. Der einfache Grundsatz „keine Ehe unter 18“ wird unter diesen Umständen gerade denjenigen schwer zu vermitteln sein, die ihn am dringendsten verstehen müssen. Und die dann gerichtsfesten Ausnahme-Konstellationen können in Fluchtherkunftsländern Fehlanreize schaffen, genau diese Bedingungen herzustellen, damit die Ehe in Deutschland erhalten bleibt. Zum Beispiel wäre es für den Jugendschutz verheerend, wenn Kinder als Ausnahmegrund anerkannt würden und deshalb Minderjährige öfter als bisher schwanger oder als Mutter nach Deutschland aufbrächen.

#### JEDE UNKLARHEIT SCHADET

Für die Neuköllner Mädchen ist es ohne Zweifel das Beste, eine einfache, leicht vermittelbare und völlig eindeutige Regelung zu haben. Sie selbst und mehr noch ihre Eltern müssen wissen, dass es nach deutschem Recht keine Möglichkeit mehr gibt, als Minderjährige verheiratet zu sein. Jede Unklarheit schadet. Dass der Rechtsstaat in der Vergangenheit nicht konsequent war, hat in Deutschland eine Generation aufwachsen lassen, die Kinder-ehen für normal hält.

Um im Interesse der jungen Mädchen und Frauen gegenzusteuern, sollten wir deshalb so schnell wie möglich dem Beispiel der Niederlande folgen und die Ehe unter 18 ausnahmslos abschaffen. In den Niederlanden veranlasste der Fall eines 14-jährigen schwangeren Flüchtlings-Mädchens die

Parlamentarier Ende 2015 ein Gesetz zu beschließen, wonach Ehen von Minderjährigen nicht mehr anerkannt werden. □

„Besonders problematisch ist das Argument, eine Jugendliche könnte durch die Aufhebung ihrer Ehe in ihrer Community isoliert werden.“

*Dr. Fritz Felgentreu ist Neuköllner Bundestagsabgeordneter und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

# Die Zeichen standen auf Sturm

Die Reichskonferenz vom 7. Januar 1917 markiert den Beginn der Parteisplaltung der SPD

Nach der Entlassung der dem „Burgfrieden“ mit der Reichsregierung kritisch gegenüber stehenden Redakteure des „Vorwärts“ wie Karl Leid, Arthur Stadthagen und Heinrich Ströbel aus dem Redaktionskollegium des Parteiblattes durch den Parteivorstand im Oktober 1916 gab es offenbar kaum mehr realistische Möglichkeiten, die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie ernsthaft abzuwenden.

Zumindest dachte wohl weder die Mehrheit in Parteivorstand und Fraktion um Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Eduard David noch die Minderheit um Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann ernsthaft über letzte Möglichkeiten nach, die alte SPD zu retten.

Die Frage der Haltung zum „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“, das im Dezember 1916 im Reichstag verabschiedet wurde, trieb einen zusätzlichen Keil in die auseinanderdriftenden Sozialdemokraten zwischen der SPD und der seit März 1916 selbstständigen Fraktion der SAG (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) um Haase, Ledebour, Arthur Stadthagen, Dittmann usw. Während die SAG gegen dieses das Zivilleben militarisierende Gesetz stimmte, votierten 59 SPD-Abgeordnete dafür und 22 enthielten sich.

## GEGENSÄTZE VERTIEFTEN SICH

Noch im Herbst 1916 schien bei der SAG die Erkenntnis gereift zu sein, dass die Parteisplaltung unausweichlich geworden sei, nachdem der Versuch zur Gewinnung der Mehrheiten in Parteivorstand und Fraktion offensichtlich ins Leere gelaufen war. Die gemeinsamen außerparlamentarischen Aktivitäten von SAG und „Spartakusgruppe“ erwirkten einen deutlichen Anstieg der politischen Aktivitäten gegen den Krieg und dessen Folgen. Dennoch vertieften sich auch die Gegensätze zwischen den beiden marxistischen Strömungen. Das Vorgehen der SAG ging dem radikaleren Flügel nicht weit genug.

Am 7. Januar 1917 schließlich trafen sich auf Einladung der SAG Vertreter der gesamten Opposition zur Reichskonferenz in Berlin insgesamt 157 Delegierte, darunter 35 Abgesandte des „Spartakus“ unter Abschluss der Öffentlichkeit im Reichstagsge-



Nach der Reichskonferenz der gemeinsamen Opposition im Januar 1917 wurde die USPD im April offiziell in Gotha gegründet. Dieses Foto zeigt Angehörige des Parteivorstandes und prominente Parteimitglieder am Rande des Leipziger Parteitages vom Dezember 1919, darunter: Arthur Crispian, Wilhelm Dittmann, Lore Agnes, Richard Lipinski, Wilhelm Bock, Alfred Henke, Friedrich Geyer, Curt Geyer, Fritz Zubeil, Fritz Kunert, Georg Ledebour und Emanuel Wurm.

Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

bäude. Schon im November 1916 gab es wohl einen Versuch zur Durchführung einer illegalen Konferenz im Norden Berlins, die die Polizei jedoch auflöste. Der Kriegswinter 1916/17 ging in seiner Strenge übrigens als „Kohlrübenwinter“ in die Annalen ein, die Menschen litten an extremem Hunger. Schon am 4. Januar 1917 wandte sich der SPD-Parteivorstand mit einer unmissverständlichen Warnung an die SAG und den „Spartakus“. Er erklärte die Konferenz als unvereinbar mit dem Organisationsstatut der SPD, bezeichnete die Einladenden als „unberufene Parteigenossen“ und bezeichnete alles als ein die „Partei zerstörendes Treiben“. Doch die Teilnehmer überhörten oder ignorierten diese Drohung und verteidigten sich ihrerseits mit einer Erklärung, in der die eigene Haltung als „Schutz und Sicherung der Eigentumsrechte der Parteigenossen an ihren Zeitungen“ verteidigt wurde, und warfen dem Parteivorstand gleichermaßen Statutenverletzung und Parteierstörung vor. Die Zeichen standen auf Sturm.

Georg Ledebour eröffnete die Reichskonferenz und „verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, dass sie wesentlich veranlasst sei durch das parteierstörende Treiben des Parteivorstandes, den Raub des „Vorwärts“, der Gründung der rechtssozialdemokratischen Gegenorganisationen usw.“ (Proto-

kolle der USPD, Band 1: 85) Wilhelm Dittmann übernahm die Konferenzleitung, Hugo Haase hielt ein Referat über „Die Lage der Partei unter Berücksichtigung der Taktik der oppositionellen Reichstagsabgeordneten“, Richard Lipinski sprach über Organisationsfragen und Ernst Meyer, ebenfalls entlassener „Vorwärts“-Redakteur, nahm als Koreferent der Spartakusgruppe Stellung.

## HAASE PLÄDIERT FÜR PARTEI-VERBLEIB

Hugo Haase riet der gesamten Parteioption zur Sammlung, lehnte es aber ab, die alte sozialdemokratische Partei zu zertümmern und präferierte stattdessen als Minderheit in der Partei weiter um Mehrheiten zu kämpfen. Meyer hingegen vertrat die Position des „Spartakus“, nur so lange in der SPD weiterzukämpfen, „als wir den Klassenkampf gegen den Parteivorstand führen können. In dem Augenblick, wo wir darin gehemmt werden, wollen wir in der Partei nicht bleiben.“ (Ebd.: 94) Lipinski warnte: „Trennen wir uns von der Organisation, dann bleiben wir eine Sondergruppe, die die Fühlung mit den Massen verliert. Unsere Kraft liegt in der Masse.“ (Ebd.: 92)

Einigkeit bestand vor allem im gemeinsamen Kampf gegen die Linie des Parteivorstandes, Unterschiede hingegen in der radikalen Orientierung auf eine revolutionäre Aktion und Organisation beim „Spartakus“ einerseits und in dem Versuch der SAG andererseits, die marxistische Politik der Vorkriegsperiode wiederzubeleben.

**Schon am 4. Januar 1917 wandte sich der SPD-Parteivorstand mit einer unmissverständlichen Warnung an die SAG und den „Spartakus“**

Doch ließ die Reaktion der so Gescholtenen nicht lange auf sich warten. Die Parteimehrheit reagierte umgehend mit der Anordnung des Ausschlusses der Opposition aus der SPD. Am 18. Januar tagte der Parteiausschuss der SPD und fasste mit 29 gegen 10 Stimmen den Beschluss gegen die „Sonderbündler“, die massiv gegen die Parteistatuten verstoßen hätten. Friedrich

Ebert warf der Opposition vor, nur sie allein habe gegen die Grundsätze der Partei verstoßen und folgerte: „Den Bruch mit der Gesamtpartei haben Arbeitsgemeinschaft und Spartacusleute schon vollzogen. Wir haben nur die Konsequenzen zu ziehen.“

Carl Severing erblickte in der Ausgrenzung der Opposition eine Erleichterung. Paul Löbe neigte inhaltlich weiterhin noch der Oppo-

sition zu, verblieb aber wie Gustav Hoch und andere linke Fraktionsmitglieder in der alten Partei. Die Opposition aus SAG und Spartakusgruppe hingegen befand sich nun endgültig außerhalb der alten SPD. Die Gründung der USPD in Gotha im April sollte den Schlusspunkt unter dieses Kapitel setzen. □

*Holger Czitrich-Stahl ist Lehrer und Historiker.*

Aus  
Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion  
enthalten.

## TERMINE

**24. Januar, 18.30 Uhr:** Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ der SPD-Bundestagsfraktion, MdB Ute Finckh-Krämer und Gernot Erler über den Dialog mit Russland und die Krise der Europäischen Union, Tagungsort: Schwartzsche Villa (Salon/Kaminzimmer), Grunewaldstraße 55, 12165 Berlin. Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 030-79782005.

**25. Januar, 18.30 bis 21 Uhr:** Gemeinsame Sitzung des Fachausschusses Mobilität der Berliner SPD und des Arbeitskreises Verkehr der SPD Brandenburg beim Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), Referentin: Susanne Henckel, Geschäftsführerin des VBB, Tagungsort: VBB, Hardenbergplatz 2, 10. Etage, 10623 Berlin, Zugang barrierefrei.

**25. Januar, 19.30 Uhr:** Diskussion mit dem Spandauer Bundestagsabgeordneten Swen Schulz zum Thema „Globalisierung gerecht gestalten“. Infos und Anmeldung im Büro Swen Schulz, Tel.: 227 70187, Tagungsort: Paul-Schneider-Haus, Schönwalder Str. 23.

## ABGEORDNETENHAUS

### Rundgang

**Am 26. Januar lädt der Spandauer Abgeordnete Daniel Buchholz von 10 bis 13 Uhr zu einem exklusiven Rundgang durch das Berliner Landesparlament.**

Die Stationen der Tour: Ein Film über die Geschichte und Arbeit des Parlaments, eine Führung durch das historische Gebäude, die Teilnahme an einer Plenarsitzung und ein Hintergrund-Gespräch mit dem Abgeordneten. Anmeldung bis 24. Januar per Mail an [info@daniel-buchholz.de](mailto:info@daniel-buchholz.de) PM

## BÜRGERSPRECHSTUNDEN

**24. Januar, 12.30 bis 14 Uhr:** Bruni Wildenhein-Lauterbach, Mitglied des Abgeordnetenhauses aus Wedding, Telefonische Bürgersprechstunde, Telefonnummer: 030 23 25 22 97.

**25. Januar, 17 bis 18 Uhr:** Karin Halsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses aus Lichtenberg, Sprechstunde im Bürgerbüro Adresse: Am Berl 13, 13051 Berlin.

**27. Januar, 15 bis 18 Uhr:** Fritz Felgentreu, Bundestagsabgeordneter Neukölln, Sprechstunde im Bürgerbüro. Bitte melden Sie sich an unter Tel. 030/568 21 111 Adresse: Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin.

**27. Januar, 13 bis 14 Uhr:** Ralf Wieland, Mitglied des Abgeordnetenhauses aus Gesundbrunnen/Wedding, Sprechstunde im Bürgerbüro. Adresse: Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Behmstra. 11, 13357 Berlin.

**27. Januar, 16.30 Uhr bis 18 Uhr:** Thomas Isenberg, Mitglied des Abgeordnetenhauses aus Moabit, Sprechstunde im Bürgerbüro, Anmeldungen per E-Mail an: [mail@thomas-isenberg.de](mailto:mail@thomas-isenberg.de) Adresse: Bürgerbüro am Hansaplatz – Pavillion 3, Bartningallee 5, 10557 Berlin

## AUGUST-BEBEL-INSTITUT

### Wie geht Politik?

**Das August-Bebel-Institut bietet am 4. Februar von 10 bis 10 Uhr allen Interessierten in einem Workshop einen Einblick, wie „Politik machen“ funktioniert.**

Darin geht u.a. um folgende Fragen: Was brauche ich, wenn ich politisch etwas gestalten möchte? Worauf kommt es an, wenn ich mit meinem Anliegen Gehör finden will? Als Gesprächspartner ist ein Politiker bzw. eine Politikerin eingeladen und kann zu seinen/ihren Motiven im politischen Werdegang befragt werden. Geleitet wird der Workshop von dem Soziologen Enrico Troebst. Anmeldung unter [anmeldung@august-bebel-institut.de](mailto:anmeldung@august-bebel-institut.de). Beitrag: 10 Euro inklusive Verpflegung. PM   
Ort: Müllerstraße 163, 13353 Berlin

## DL 21

### Quo vadis Rente?

**Das Forum Demokratische Linke 21 diskutiert am 25. Januar um 19 Uhr über die verschiedenen Zukunftsmodelle der Rentenversicherung.**

Die Bundesregierung hat sich nun darauf geeinigt, das Rentenniveau langfristig bei 46 Prozent zu stabilisieren. Aber das wird nicht reichen. Wie kann die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden? Und wie kann das Rentenniveau bei über 50 Prozent stabilisiert werden? Diese und viele weitere Fragen werden diskutiert. Zu Gast sind u.a. der Bundestagsabgeordnete und Bundessvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Dr. Johannes Geyer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Dr. Reinhold Thiede von der Deutschen Rentenversicherung. Um Anmeldung wird gebeten unter: [info@forum-dl21.de](mailto:info@forum-dl21.de). PM   
Ort: Kneipe „Aufsturz“  
Oranienburger Straße 67, 10117 Berlin

## AG MIGRATION

### Lesung

**Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt der Berliner SPD lädt am 25. Januar um 20 Uhr zu einer Lesung mit anschließendem Gespräch des Buches „Mit Karamba in den Bundestag“ von Karamba Diaby und der Journalistin Eva Sudholt.**

Das Buch erzählt den ungewöhnlichen Werdegang des ersten Bundestagsabgeordneten mit afrikanischen Wurzeln. Karamba Diaby kam mit einem Stipendium in den Achtzigern vom Senegal in die DDR. An seinem ersten Tag als Abgeordneter rief ihm die Kassiererin in der Bundestagskantine von weitem zu: „Nein, Sie nicht!“ Aus Karamba Diabys Hautfarbe schloss sie wohl, er gehöre zum Putzpersonal. Mit Humor bringt Diaby Vorurteile ins Wanken und entlarvt etliche Formen dieses „gar nicht so gemeinten“ Alltagsrassismus in Deutschland. Er erzählt von seinem Geburtsland, dem Senegal, vom Leben in der DDR und im Nachwendedeutschland. Und nicht zuletzt von seiner Vision einer offenen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

An dem Gespräch wird neben Diaby selbst auch die Kreuzberger Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe teilnehmen. Die Moderation übernimmt der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

Um eine Anmeldung wird gebeten: per Mail: [veranstaltungen.berlin@spd.de](mailto:veranstaltungen.berlin@spd.de) oder telefonisch unter: 030-469222 PM   
Ort: Anagramm Buchhandlung  
Mehringdamm 50, 10961 Berlin

## Berliner Stimme

### Herausgeber:

SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin

### Redaktion:

Christina Bauermeister (V.i.S.d.P)

Tel: 030-4692 150

Fax: 030-4692 240

E-Mail: [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de)

Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

### Abo-Service:

Jürgen Thomas,

Tel: 030-2130 870, E-Mail:

[berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de)

Abonnementpreis: 28 Euro pro Jahr

(bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro

pro Jahr bei Zustellung per Post

### Druckerei:

KORRekt Mailingservice Berlin

## Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin**

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin** oder per Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de)

## „Ihr werdet fehlen“

SPD Berlin verabschiedet Uli Horb und Roswitha Dybiona



„Auf ein baldiges Wiedersehen“: Michael Müller mit Roswitha Dybiona und Uli Horb Foto: chb

**Mit Roswitha Dybiona und Ulrich Horb haben im Dezember zwei Mitarbeiter das Kurt-Schumacher-Haus verlassen, die zusammen auf fast 60 Jahre Arbeit für die Berliner SPD zurückblicken können. Am 16. Januar wurden sie offiziell in den Ruhestand verabschiedet.**

In die Galerie des August-Bebel-Instituts (ABI) waren aktuelle und ehemalige KollegInnen und zahlreiche Weggefährten gekommen. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller dankte Ulrich Horb und Roswitha Dybiona für ihre Arbeit und ihr unermütelches Engagement. „Ihr werdet fehlen. Mit euch geht ein großes Stück Wissen und Erfahrung über die Berliner SPD verloren“, so Müller. Von den MitarbeiterInnen

des KSH bekamen die beiden u. a. eine 24 Seiten umfassende Sonderausgabe der „Berliner Stimme“ überreicht – mit zahlreichen Grußworten.

Darin würdigt Michael Müller Uli Horb als „einen unendlich engagierten Vollblutjournalisten.“ Er war 30 Jahre lang verantwortlich für die „Berliner Stimme“, das „Berliner Stadtblatt“ und die Berliner „Vorwärts“-Seiten und hat somit alle politischen Debatten, Beschlüsse und Entscheidungen dokumentiert. Nun hat er angekündigt, im Ruhestand die Geschichte der SPD seit dem 2. Weltkrieg aufzuarbeiten. Dafür bekam er vom Geschäftsführer des ABI, Ingo Siebert, einen Schlüssel für das ABI-Büro überreicht.

Roswitha Dybiona war 27 Jahre lang in der Pressestelle des Landesverbandes tätig. In ihren Händen lag Woche für Woche der „Dienstagsbrief“. Selbst bei den mitunter ungeduldigen Nachfragen der Journalisten bewies sie stets „engelsgleiche Geduld“, so eine Weggefährtin. chb □

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
die nächste Ausgabe der  
Berliner Stimme erscheint am  
11. Februar 2017.

## KULTURTIPPS

Der **Verein Freundeskreis Willy-Brandt-Haus** zeigt vom **26. Januar bis zum 26. Februar 2017** unter dem Titel **„Künstlern auf der Spur – Portraits von 1968 bis 2008“ Fotografien von Angelika Platen.**

Sie porträtiert seit einem halben Jahrhundert Künstler. Das Abenteuer begann auf den ersten Kunstmessens und der vierten Kasseler documenta, 1968. Ihre Porträts verdichten sich zu einem Panorama der zeitgenössischen Kunstszene. Sie fotografierte Man Ray und Andy Warhol, Joseph Beuys und Christo morgens um fünf Uhr beim Aufbau seines steil empor ragenden documenta-Ballons, Blinky Palermo und Hanne Darboven im Dialog mit ihrem Werk. Gerhard Richter und Angelika Platen fotografierten sich wechselseitig im Atelier des Künstlers.

Unter dem Motto **„Watching You, Watching Me“** präsentiert das **Museum für Fotografie zusammen mit dem C/O Berlin** vom **17. Februar bis zum 2. Juli 2017** zwei Ausstellungen, die sich mit dem Thema „Überwachung und Fotografie“ auseinandersetzen. Die von Stuart Alexander, Susan Meiselas und Yukiko Yamagata kuratierte Ausstellung zeigt 84 Arbeiten von zeitgenössischen Künstlern, unter anderem von Edu Bayer und Josh Begley.

Die Ausstellung von Michaelis Valaouris ergänzt die Ausstellung „Watching You, Watching Me. A Photographic Response to Surveillance“ dabei durch die Frage nach dem besonderen Unbehagen, das religiös oder politisch motivierte Überwachung auslöst.

BS □